

Springmesser. Ein Anblick, der noch vor wenigen Wochen ein Top-Motiv für jeden Pressefotografen gewesen wäre. Heute interessiert sich keine Sau mehr dafür. Die alte Oma Kaloppke schlurft mit ihren schweren Einkaufstaschen vorbei. Erkan wittert seine Chance: „Hallo Sie?! Äh, ich meine natürlich: Ey du alte Nutte!“, ruft er der 80-jährigen zu und bemüht sich um einen grimmigen Gesichtsausdruck, „wollen Sie, äh, willste Stress, oder was?!“ Aber Oma Kaloppke guckt nur müde auf und winkt gelangweilt ab.

„Ach, Jungs“, sagt sie mit traurig-mildem Lächeln, „das hat jetzt doch alles keinen Sinn mehr. Es ist vorbei. Helft mir mal lieber, die Taschen nach oben zu tragen.“ Resigniert seufzen die Halbstarke auf, nehmen der alten Dame die Tüten ab und tragen sie ihr in die Wohnung. Die 50 Cent, die Oma Kaloppke jedem von ihnen heimlich in die Bomberjacke steckt, reichen am Kiosk gerade für ein Flutschfinger-Eis. Es ist so demütigend.

Nr. 3 April 2007

Noch in dieser Ausgabe:

Bürgerplattform im Wedding	S. 3	Die neue LINKE Teil 3	S. 8
Zusammenleben im Kiez	S. 4	Die Linke im Wedding	S. 10
Verschärfung des Ausländerrechts	S. 5	Die Brauseboys	S. 12
Die braven BürgerInnen	S. 6	(Vorsicht Satire) Wedding am Ende	S. 14

uff'n wedding

Kiezeitung vom LinksTreff

1. Mai 2007



DGB Demo
unter dem
Motto:

Du hast mehr verdient!

Mehr Respekt. Soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit.

**Treffpunkt der Basisorganisation Wedding:
Am 1. Mai um 9.00 Uhr vor dem LinksTreff**

Beginn der Demo 9.45 Uhr Kleiststraße (DGB-Haus) Kundgebung 11.00 Brandenburger Tor

Die Bundesregierung wie immer sozial und ausgewogen

Gigantische Steuergeschenke für die Wirtschaft – 2 Euro für Hartz IV Empfänger

Unsere fleißige Regierung peitscht im Schweinsgalopp ihre „Reformgesetze“ durch. Fast schon im Tagesrythmus haut sie den Bürgern gegen deren weit überwiegenden Willen eine Sauerei nach der anderen um die Ohren. Kaum hatten sie Zeit aufzuschreien gegen den Tornadoeinsatz in Afghanistan und die gleichzeitig beschlossene, als „Anpassung der Regel-

ein weiteres Geschenk an die notleidenden Unternehmen vom Kabinett abgesehen.

Unter dem Deckmantel der Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen wurden für soziale Aufgaben dringend benötigte Milliarden in die Taschen der Kapitaleigner gesteckt.

Der dilettantische Versuch des Finanzmissstandswahner Peer Steinbrück, die Konzerne zu hindern, ihre Gewinne ins Ausland zu verschieben, ist wie das Unterfangen, einen menschenfressenden Tiger in die Schranken zu weisen, indem man ihm das Pinkeln verbietet. Das geht aber nur, wenn man allen Tigern das Pinkeln verbietet. Die blöden anderen Tiger halten sich daran und sterben aus (geplatze Blase oder so was), während der Menschenfresser sich nur weiter ins Dickicht zurückzieht und dort sein Geschäft verrichtet.

Im Klartext: Kosten für Zinsen, Pacht, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren sind künftig zum Teil als Gewinn zu versteuern.

**„Eigentum verpflichtet.
Sein Gebrauch soll
zugleich dem Wohle
der Allgemeinheit dienen.“
GG, Artikel 14, Absatz 2**

altersgrenze an die demographische Entwicklung“ getarnte Rentenkürzung, wurde schon eine Verschärfung des Asylrechts beschlossen. Mangels Zeit blieb in diesem Fall sogar der Aufschrei aus, denn nach gefühlten zwei Stunden wurde

Im Gegenzug werden die Unternehmenssteuern radikal weiter gesenkt. So die Körperschaftsteuer auf 15 %, so nach dem kriecherischen Motto: Bitte, lieber Konzern, du musst ja auch weniger Steuern zahlen, aber zahl die doch bitte und verlagere in Zukunft deine Gewinne nicht nach Estland, weil du da gar keine Steuern zahlen musst.

Der kleine Handwerker oder Kioskbesitzer um die Ecke ist von der Steuersenkung natürlich ausgeschlossen. Und der Gewinnverlagerer zahlt auch in Zukunft lieber gar keine als nur wenige Steuern.

Ein Beispiel für die derzeitige Praxis mittels Lizenzgebühren: Ein skandinavisches Möbelhaus gründet eine Firma (mehr als einen Briefkasten braucht man nicht dazu) in Estland – Unternehmenssteuer=0 – die Lizenzen an die Häuser in den anderen Ländern vergibt, deren Höhe im Bereich der zu erwartenden Gewinne liegt und verlagert so diese Gewinne nach Estland. Durch die 25%ige Hinzurechnung von Lizenzen bei der Gewerbesteuerermittlung erhofft man sich, wenigstens einen Teil des Gewinns hier versteuert zu bekommen. Großunternehmen, die diese Praxis anwenden, werden aber einfach ihre Lizenzgebühren erhöhen, so dass

sie letztlich einen entsprechenden Verlust haben und die Hinzurechnung wieder zu Null Steuern führen. Die Unternehmen, die aber echte Lizenzgebühren an ein fremdes Unternehmen bezahlen, müssen künftig Steuern zahlen, auch wenn sie gar keine Gewinne machen. Das sind die Tiger, denen irgendwann die Blase platzt.

In dem Gesetz sind Bürokratiekosten in Höhe von 72 Mio. • vorgeesehen.

Für Unternehmen werden 23 neue Informationspflichten, für Bürgerinnen und Bürger 9 und für die Verwaltung 8 neue Informationspflichten eingeführt.

Rechnet man, wie die Bundesregierung damit, dass die Konzerne keine Tricks anwenden, bleibt immer noch eine Steuermindereinnahme von über 5 Milliarden •. Experten rechnen allerdings mit über 11 Milliarden.

Der Vergleich mit der VorSchröderschen Zeit zeigt, dass mit Einführung der neuen Änderung alleine im Bereich Körperschaftsteuer dem Staat und damit dem Gemeinwesen jährlich fast 50 Milliarden • entgegen.

Aber auch das so genannte Prekariat soll nicht leer ausgehen. Schließlich wurde gerade eine gewaltige Erhöhung des seit 4 Jahren trotz erheblicher Preissteigerungen unveränderten Hart IV-Regelsatzes um sagenhafte 2 • in Aussicht gestellt.

Werner Schulzen

Um dieses gigantische Steuergeschenk zu ermöglichen, sind folgende Gesetzesänderungen nötig:

- Änderung des Einkommensteuergesetzes
- Änderung des Körperschaftsteuergesetzes
- Änderung des Gewerbesteuergesetzes
- Änderung der Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung
- Änderung des Umwandlungssteuergesetzes
- Änderung der Abgabenordnung
- Änderung des Außensteuergesetzes
- Änderung des Investmentsteuergesetzes
- Änderung der Gewinnabgrenzungsaufzeichnungsverordnung
- Änderung des Zerlegungsgesetzes
- Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes
- Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes

einen Polizisten erschossen. Wie zum Hohn ließen die Mörder, allesamt übrigens in Neukölln ansässig, sich dann ausge-rechnet im Wedding festnehmen. Das verheerende Signal nach außen: Mord und Totschlag in Neukölln, und kaum verirren sie sich mal in den Wedding, schlägt die Staatsmacht mit Recht und Ordnung zu. Ein Image-Debakel. Und dann die Rütli-Schule. Das gab ihnen den Rest. Das ist doch eine groß angelegte Verschwörung! Die Versuche der Gegenwehr kamen viel zu spät und zu halbherzig. Tage nach der Rütli-Schule versuchten Lehrer der Weddinger Theodor-Olievier-Oberschule nachzuziehen und beklagten in einem Brief eine „anarchische Situation“ an ihrer Schule. Das aber war selbst Spiegel-Online nur noch eine Kurzmeldung wert, die anderen Medien erwähnten es nicht mal mehr. In der B.Z. prangt die Überschrift „Wie viel Hass und Chaos herrscht an Berlins Hauptschulen“. „Herrscht“. Also wenigstens grammatikalisch an das Bildungsniveau der Hauptschüler angepasst. Lustig, dass immer wieder gerade die B.Z. Deutschkurse für Ausländer fordert. Wo die dann doch womöglich richtige Pluralbildung lernen könnten. Aber egal. Unter der Überschrift „Wie viel Hass und Chaos herrscht an Berlins Hauptschulen“ gleich der nächste Tiefschlag: Weddinger Schulen in einer Reihe neben solchen aus Charlottenburg, Pankow und sogar Steglitz. Es ist so demütigend.

Neidvoll müssen die Jugendlichen in der Zeitung lesen, wie die Neuköllner Kids ihre Gewaltstors für 100 Euro an Journalisten verkaufen. Im geschäftstüchtigen Hamburg haben sich die Jugendlichen sogar 200 Euro zahlen lassen, damit sie sich vor ZDF-Kameras prügeln. Das ZDF nennt das eine „Aufwandsentschädigung“. Schöne Formulierung. ZDF-Reporter: „Los, Kin-

der, jetzt prügelt euch gefälligst!“ Ghetto-Kids: „Och nö. Viel zu anstrengend. Warum denn?“ ZDF-Reporter: „Zu anstrengend?“

Ghetto-Kids: „Ja. Da müssen wir dann doch rumschreien und ein bisschen hüpfen und uns gar auf dem Boden wälzen. Womöglich werden die Bomberjacken dreckig. Und dann macht Muttern wieder Ärger. Wenn ich das schon immer höre: So könnt ihr doch nicht in die Gosse gehen, Kinder, wie sieht das denn aus?“ ZDF-Reporter: „Okay, ja, zugegeben. Und wenn wir eine kleine Aufwandsentschädigung zahlen würden? Wir sind schließlich öffentlich-rechtlich, da können wir ja mal ein paar Euro von den Rundfunkgebühren investieren.“ Ghetto-Kids: „Na gut. Aber nur, wenn es nicht zu lange dauert. Wir müssen gleich nämlich zum Rapp-Kurs.“

Erkan vom Nauener Platz ist fassungslos. „Und ich Idiot hab denen für 50 Euro ganze Interviews gegeben!“, schimpft er in der bitteren Erkenntnis, dass seine Haupteinnahmequelle jetzt wohl versiegt ist. Und es ist wie so oft: Mit dem Verlust der Beschäftigung geht auch der des sozialen Ansehens einher. Breitbeinig stehen Erkan und seine Freunde auf dem „so genannten Nauener“ und bieten für lau das ganze Programm: Schubsen, aggressives Grölen, aufgeplusterte Jacken, Baseballcaps,



Traurig schlurft Erkan G. die Liebenwalder Straße entlang. „Ey, die haben uns doch voll gefickt!“, klagt er wütend an. Sein Kumpel Ali M. pflichtet ihm zornig bei: „Diese verfuckten Bastarde haben uns voll krass am Arsch!“

Ein ganz normaler Anblick in diesen Tagen. Perspektivlose Jugendliche im Wedding, die meisten mit türkisch- oder arabischstämmigen Hintergrund, ohne Chancen, ohne Hoffnung, voller Wut und Verzweiflung, egal ob am Nauener Platz, in der Koloniestraße oder im Schillerpark. Ungehemmt bricht sich der Zorn Bahn. „Wozu sollen wir denn noch in die Schule gehen?“, brüllt Erkan „was soll das denn noch bringen?“

Und tatsächlich: Seit die Lehrer der Rütli-Hauptschule ihre totale Kapitulation erklärt haben, ist nichts mehr zu retten. Zeitungsjournalisten, Kameralente, Polizisten - alle reden nur noch von Neukölln. Die Titelseiten von Bild, BZ und SPIEGEL - Neukölln. Die Top-Aufmacher der Fernseh-nachrichten - Neukölln.

„Guck dir unsere verfuckte Schule doch mal an“, ruft Mohammed, „kein einziger Reporter, ey, wir haben sogar 'n Direktor, wir haben schon seit Jahren einen gottverfuckten Direktor, was soll denn die Scheiße, ey!“

Der ganze Bezirk steht unter Schock. Sie haben sich übertölpeln lassen - von den Neuköllnern. Jahrelang stand es unentschieden im Rennen um den Ruf des einzig legitimierten Hauptstadtghettos, und die Weddinger haben es sich eingerichtet damit. Haben sich einlullen lassen. Haben geglaubt, ihre Spitzenposition wäre für alle Zeiten gefestigt. Aber man muss hart arbeiten, wenn man ganz oben bleiben will. Stück für Stück, man muss es im Nachhinein einfach so hart sagen, ließ die Aufmerksamkeit der Weddinger nach. Routinemäßig nahm man

sie zur Kenntnis, die immer mal wieder aufflackernden Berichte in den Medien, als ganz selbstverständlich hatte man es erachtet, dass bei sozialen Unruhen in aller Welt, bei Kriegen, Überschwemmungen und Epidemien als Erstes die Reporter am Leopoldplatz auftauchten und ihre „Kann das nicht auch bei uns passieren?“-Berichte abdrehten. Kaum ein Weddinger, der nicht schon vor laufender Kamera die Zustände in seinem Bezirk, der Stadt und der Welt beklagt hätte, kaum ein Migrantenkind, das sich nicht seinen Frust über Pubertät, Ärger mit den Eltern oder Zahnschmerzen von der Seele geredet hätte - immer konnten sie sich sicher sein, dass mindestens zwei Journalisten eifrig mitschrieben. Ja, hier im Wedding, da gab es immer jemand, der ein offenes Ohr für einen hatte, der sich für einen interessierte. Und wenn ein Weddinger mal ein bisschen Anerkennung suchte, ein paar freundliche Worte, ein mutmachendes Schulterklopfen - nirgends war das einfacher als im Wedding. Man musste nur mal Fußballspielen oder Tanzen gehen, schon wurde man im Fernsehen für seine Eigeninitiative gelobt und dafür, dass man gerade keine Drogen verkaufe oder Autos abfackele.

Heute ist im ganzen Bezirk kein einziger Reporter mehr. Sie sind alle weg - alle in Neukölln. Ja, die Neuköllner haben es geschickt eingefädelt. So getan, als gäben sie sich damit zufrieden, die mediale Führungsrolle zu teilen. Wahrscheinlich haben sie in Wirklichkeit schon vor langer Zeit Kontakt mit Detlev Buck aufgenommen. Als der Film schließlich mit großem Medienrummel anlief, rieb man sich im Wedding verdutzt die Augen. Und hatte sie doch noch immer nicht geöffnet, als die Neuköllner direkt darauf an der Hasenheide

ben. Ja, hier im Wedding, da gab es immer jemand, der ein offenes Ohr für einen hatte, der sich für einen interessierte. Und wenn ein Weddinger mal ein bisschen Anerkennung suchte, ein paar freundliche Worte, ein mutmachendes Schulterklopfen - nirgends war das einfacher als im Wedding. Man musste nur mal Fußballspielen oder Tanzen gehen, schon wurde man im Fernsehen für seine Eigeninitiative gelobt und dafür, dass man gerade keine Drogen verkaufe oder Autos abfackele.

Heute ist im ganzen Bezirk kein einziger Reporter mehr. Sie sind alle weg - alle in Neukölln. Ja, die Neuköllner haben es geschickt eingefädelt. So getan, als gäben sie sich damit zufrieden, die mediale Führungsrolle zu teilen. Wahrscheinlich haben sie in Wirklichkeit schon vor langer Zeit Kontakt mit Detlev Buck aufgenommen. Als der Film schließlich mit großem Medienrummel anlief, rieb man sich im Wedding verdutzt die Augen. Und hatte sie doch noch immer nicht geöffnet, als die Neuköllner direkt darauf an der Hasenheide



Den Politikern die Stirn bieten

Prof. Leo Penta baut eine „Bürgerplattform Wedding“ auf

Eine besondere Sorte Menschenfischer zieht zur Zeit durch den Wedding. Susanne Sander und Erkan Demirtas missionieren jedoch nicht. Sie führen „erkundende Gespräche“, bei denen sie herausfinden wollen, welche Weddinger Aktiven Interesse an einer „Bürgerplattform Wedding“ haben. 600 solche Interviews mit Aktivisten aus 130 Gruppen und interessierten Einzelpersonen wurden im letzten dreiviertel Jahr geführt – und der Befragungsmarathon geht im Schneeballsystem weiter.

Ihr Chef, Prof. Leo Penta von der katholischen Fachhochschule in Karlshorst, hält diese aufwendige Vorarbeit für nötig. Man müsse herausfinden, wer ein Interesse an einer solchen Organisation habe. Penta kommt aus New York, wo es schon seit 30 Jahren solche Bürgerplattformen gibt. In Deutschland ist er die Koriphäe auf diesem Gebiet. In Berlin hat er schon in Schöneweide und Karlshorst Bürgerplattformen aufgebaut. Die Plattform in Schöneweide erreichte etwa den Aufbau einer Fachhochschule in ihrem Gebiet.

Pentas Konzept beruht darauf, dass die Aktiven tragfähige Beziehungen aufgrund gemeinsamer Interessen herstellen. Die erkundenden Gespräche gehen damit weiter und werden auch mit den Aktiven eingeübt. Außerdem trainiert Penta mit ihnen Grundsätze der Verhandlungsführung. Für ihn ist es ein Fehler, naiv und offen in Gespräche mit Amtsinhabern aus Wirtschaft und Politik zu gehen. Das Ziel mit ihnen könne keine Verständigung sein sondern nur ein tragfähiger Kompromiss.

Dementsprechend sehen auch die Veranstaltungen von Bürgerplattformen aus. Sie

sind durchchoreographierte Shows, bei denen es neben einem Drehbuch sogar eine Generalprobe geben soll. Ziel: Politiker und Wirtschaftsvertreter möglichst effektiv unter Druck zu setzen.

Im Privatleben geht man natürlich nicht so miteinander um, da sucht man nicht den strategischen Kompromiss sondern einen Konsens, einen gemeinsamen Nenner. Deshalb ist auch einigen Aktiven die instrumentelle Herangehensweise Pentas an die Autoritäten unheimlich. Aber Tatsache ist: Im Moment zeigen Politiker und Manger wenig Neigung, sich mit dem Volk auf einen offenen Diskurs einzulassen. Vielleicht schaffen sie das eines Tages, wenn sie begriffen haben, dass auch die Bevölkerung lernt, nach ihren Regeln zu spielen. Denn – davon ist nicht nur Penta überzeugt – noch glauben die Eliten an ihre Überlegenheit und ihr Recht zu bestimmen.

Pikanterweise wird dieser Versuch, wider die Obrigkeit zu lücken, ganz erheblich von Leuten unterstützt, die dieser nahe stehen. Denn Susanne Sander und Erkan Demirtas, beide diplomierte Politologen, arbeiten gegen Bezahlung. Das Geld zum Aufbau der Bürgerplattform hat ganz wesentlich Evilyn Fischer (Deutschen Welle) gesammelt, die den schwachen bürgerlichen Kreisen im Wedding angehört. Sie hat auch die eher konservative Aktion „Der Wedding lebt!“ organisiert, die bisher ein Volksfest in der Voltastraße veranstaltete. Die Gewerkschaften schloß sie eigenmächtig von diesem Fest aus, sie fragte nicht einmal das Plenum von „Wedding lebt!“ um seine Meinung.

Dem Vernehmen nach kommen die Gelder für den Aufbau der Bürgerplattform Wedding

vor allem von Wohnungsbaugesellschaften. Sie versprechen sich wohl, dass das Wohnen im Wedding durch die Interessenvertretung der Aktivisten attraktiver wird – oder zumindest nicht an Attraktivität verliert.

So wie Leo Penta und seine Mitarbeiter den Aufbau der Bürgerplattform angehen, lässt sich aber prophezeien, dass die Herkunft der Mittel nicht über die Arbeit der Bürgerplattform entscheiden wird. Sie achten auf ein breites Spektrum von Aktiven: Deutsche und Ausländer, Linke, Grüne, Konservative und Unpolitische, Christen, Moslems und Atheisten sind bei den momentanen Treffen, bei denen bis zu 60 Personen zusammenkommen, vertreten. Penta versucht den Haufen auf Toleranz untereinander und pragmatische Ziele einzuschwören. Man darf gespannt sein. Jeden-

falls: Wenn die Plattform 2008 oder 2009 auf eigenen Füßen steht, finanziert durch die Beiträge der Mitglieder, werden die jetzigen Geldgeber nichts mehr zu melden haben.

Willy Brandt sagte einmal, man könne doch unter erwachsenen Menschen einfach vernünftig reden. So gesehen hätte man auch einfach einen Dachverband der Weddinger Initiativen gründen können – ohne Sozialgedöns. Aber in den Zeiten desolidarisierender Individualisierung und des aussengeleiteten flexiblen Menschen scheint so viel Disziplin und Klarheit verlorengegangen zu sein, dass die sozialpädagogische Begleitmusik dringend gebraucht wird.

Thomas Kilian

Zusammenleben im Kiez

Gegenseitiger Austausch, Respekt und Akzeptanz im LinksTreff



Seit ca. einem Jahr treffen sich jeden Donnerstag ab 16 Uhr im Linkstreff Wedding MigrantInnen unabhängig von Herkunft, Konfession und Alter zum gegenseitigen Kennenlernen. In angenehmer Atmosphäre – bei Tee, Kaffee und Kuchen - werden aktuelle politische und gesellschaftliche Ereignisse erörtert und Erfahrungen ausgetauscht.

Wir betrachten diese Zusammenkünfte als einen wichtigen Beitrag zur Integration in unserem Kiez. Integration lässt sich nicht durch Gesetze oder Sanktionen regeln oder erzwingen, sondern fängt im Kleinen an und entsteht durch gegenseitigen Austausch, Respekt und Akzeptanz.

Daher ist unser Ziel, nachbarschaftliche Kontakte zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen in unserem Kiez zu knüpfen und zu vertiefen. In einem Jahr haben wir viel voneinander gelernt, gegenseitige Vorurteile abgebaut und sind fast wie eine Familie geworden.

Aus diesem Grund steht unsere Tür allen offen und wir würden uns freuen, wenn viele Menschen den Weg zu uns finden.

Arslan Yilmaz



Volker Surmann Robert Rescue Frank Sorge Hinark Husen Heiko Werning

Der Name Brauseboys weckt Assoziationen an eine Boygroup und so ganz falsch ist der Gedanke nicht, wurden doch alle gecastet. Nils Heinrich, der Dieter Bohlen der Brauseboys ist allerdings der Liebe wegen nach Stuttgart gezogen.

Der Name „Lesebühne“ verrät es, der Schwerpunkt der Veranstaltung liegt natürlich auf dem geschriebenen Wort. Allwöchentlich werden neue Texte von den Autoren vorgetragen. Da vier der fünf Protagonisten im Wedding wohnen, gibt es natürlich viele Geschichten aus dem heimatischen Kiez, aber die Themenpalette ist damit lange nicht erschöpft, von der politischen Satire bis zur postpubertären Liebeslyrik kann man hier alles hören, was

sich in einen 5 bis 10 Minuten-Beitrag hineinpacken lässt. Daneben gibt es allerdings in unregelmäßigen Abständen auch so genannte Themen-Monate. Im April wird die städtische Vogelwelt genauer unter die Lupe genommen, unter Anleitung des fachkundigen Hobby-Ornitologen Hinark Husen. Der Juni ist inzwischen schon traditionell der „Wedding-Monat“.

Die jede Woche wechselnden Texte und neuen Gastauftritte bringen nur ein Problem mit sich: Die zahlreichen Fans dieser schreibwütigen Geschichtenerzähler können sich am Donnerstag nichts mehr vornehmen.

Die Reihe über das vielfältige Kulturangebot in den Weddinger Kiezen wird natürlich fortgesetzt.

Schließlich ist der Wedding Kult!

Die Brauseboys

Jeden Donnerstag,

21.00 Uhr

In der Galerie Laine-Art

Liebenwalder Straße 39

(Hinterhof)

Eintritt: 4,- •

(jeder vierte Donnerstag
im Monat rauchfrei)



Die Brauseboys

eine Lesebühne im Wedding vorgestellt von W. Schulten

Im März 2003, just an dem Tag, als die USA den Krieg gegen den Irak und seine Massenvernichtungswaffen begannen, fand in der Liebenwalder Straße die Premiere der Brauseboys statt.

Fünf junge Männer taten sich zusammen und gründeten die erste Lesebühne im Wedding. Im Gegensatz zur amerikanischen Armee besteht für diese Jungs allerdings nach wie vor Grund zum Feiern. Auch hier im Wedding ein interessiertes Publikum zu finden, war doch die bedeutend einfachere Aufgabe, als irgendwelchen Hirngespinsten hinterher zu jagen.

Jeden Donnerstag um 21.00 Uhr startet im Laine-Art, einer von zwei charmanten Finnen betriebenen Galerie, eine abwechslungsreiches Showprogramm aus Text und Musik, verstärkt durch ständig eingeladene Gäste, Poetry-Slamer, Liedermacher und Comedians. So traten hier schon solche Größen auf wie Manfred Maurenbrecher (1991 Deutscher Kleinkunstpreis, 2002 Deutscher Kabarettpreis), Horst Evers, Knorkator oder der neue Stern am Liedermacherhimmel Jan Koch, der Poet und singende Germanist des Weddings.

Das sind die Brauseboys

- | | |
|-----------------------|---|
| Frank Sorge | - Berliner, Ex-Student, Vorleser, Autor, Stammmitglied bei der Leseshow Wedding
Schreibanstifter des „ Kreatives Schreiben e.V. “ |
| Heiko Werning | - Echsenverstehrer, Reptilienblogger der TAZ, Buchherausgeber und Teilzeitplatten-Mogul. Sonntags liest er bei der Reformbühne Heim und Welt . |
| Robert Rescue | - begeisterter Fernsehastinenzler, Mitglied der Sonntagsshow , Schriftsteller wegen Fernseh mangels und Freizeitüberfluss. |
| Volker Surmann | - Promovierter Hochlinguist, Comedykönner, Kabarett- und Fernsehautor. Schreibt Gags fürs Fernsehen, ist aber trotzdem ein guter Mensch. |
| Hinark Husen | - Besetzer des Cafe Cralle, Buchautor und Erfinder der „Weinenden Weddinger“. Als Mitglied des „ Frühschoppen “ jeden Sonntag ab 13 Uhr im Schlot in Mitte zu sehen. |

Statt Dialog und Akzeptanz weitere Repressalien und Vorschriften

Deutschland ist seit der Bismarckzeit ein Einwanderungsland. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts kamen polnische Einwanderer, die hauptsächlich in der Landwirtschaft tätig waren, nach Deutschland. Trotz kontinuierlicher Zuwanderung seit über hundert Jahren hat es die BRD bisher nicht geschafft, ein zukunftsorientiertes Zuwanderungsgesetz zu schaffen. Das 2005 verabschiedete Zuwanderungsgesetz kam nur zustande, weil EU-Richtlinien umgesetzt werden mussten. Die Regierung ließ die Chance ungenutzt, die repressive Ausländergesetzgebung durch dieses neue Gesetz zu ändern.

Seit Jahren ist die Lebenssituation von Flüchtlingen hier gekennzeichnet von Entrechtung und sozialer und politischer Isolation. Die BRD spielt in der EU bei der Angleichung des Flüchtlings- und Migrationsrecht an europäische Standards und der damit verbundenen Verschärfung von Repressionen und Ausschluss eine Vorreiterrolle.

In unserem Bezirk Wedding leben rund 50.000 Menschen, die keinen deutschen Pass besitzen und aus den unterschiedlichsten Gründen nicht eingebürgert werden wollen bzw. können.

Am 28. März wurde vom Bundeskabinett ein neues „Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der EU“ beschlossen, im April soll es vom Bundestag verabschiedet werden. Auch dieses Gesetz beinhaltet keine Problemlösung, sondern versucht unter dem Deckmantel der Umsetzung von EU-Richtlinien das Ausländer- und Einwanderungsrecht erneut zu verschärfen.

Der Gesetzentwurf zeigt wieder einmal, dass die Einstellung gegenüber MigrantInnen

von großem Misstrauen geprägt ist. Zum wiederholten Mal wird versucht, Integration durch Gesetze zu erzwingen, anstatt durch Dialog und Akzeptanz eine integrationsfördernde Atmosphäre zu schaffen.

Viele der MigrantInnen in unserem Bezirk werden von diesen restriktiven Änderungen betroffen sein.

Die bundesweit ca. 180.000 geduldeten Flüchtlinge haben durch die neuen Bleiberechtsregelungen zwar etwas mehr Zeit für die Arbeitssuche, de facto handelt es sich



bedeutet, dass nach 6 bzw. 8 Jahren nur diejenigen bleiben dürfen, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Sie müssen Straffreiheit und deutsche Sprachkenntnisse nachweisen können und bis Ende 2009 Arbeit gefunden haben, von der sie unabhängig von staatlichen Leistungen leben können.

In Zeiten, in denen es sogar für Menschen mit hier erworbener beruflicher Qualifikation schwierig ist, Arbeit zu finden, ist es für Flüchtlinge schier unmöglich. Wenn überhaupt können nur junge, gesunde, arbeitsfähige Flüchtlinge auf Beschäftigung hoffen. Alte und Kranke haben keine Chance, von der neuen Bleiberegulierung Gebrauch machen zu können.

Das Schlimmste aus beschäftigungspolitischer Sicht ist, dass durch dieses Gesetz ein neues Lohndumping-Instrument und ein neuer Niedrigst-Lohnniveausektor geschaffen werden. Die Schwächsten der Gesellschaft werden gezwungen, im Endeffekt jeden Job anzunehmen, um ihr Aufenthaltsrecht zu sichern. Außerdem sollen die zentrale Unterbringung in sogenannten Ausreisezentren und das Sachleistungssystem auf Dauer festgeschrieben werden. Die Regelung, dass nach drei Jahren Sozialleistungen beantragt werden können, soll gestrichen werden.

Des Weiteren sind Flüchtlinge vom neuen Elterngeld ausgeschlossen.

Auch MigrantInnen mit verfestigtem Aufenthaltsstatus sind von den Verschärfungen betroffen:

Ehegatten dürfen nach dem neuen Gesetz nur noch nach Vollendung des 18. Lebensjahres einreisen. Schon vor der Einreise müssen sie Deutschkenntnisse nachweisen können. Da in den meisten Herkunftsländern, vor allem in ländlichen Gegenden, Deutschkurse nicht ohne weiteres zugänglich sein dürften, wird vielen künftig der Nachzug zum Ehepartner verwehrt sein.

Die Ehe mit einem Erwerbslosen wird nach neuem Recht nicht mehr automatisch zum

Heiliger St. Florian....

Die ZeitRaum gGmbH führte am 2. März 2007 zusammen mit dem Krankenhaus des Maßregelvollzug Berlin eine Informationsveranstaltung für die AnwohnerInnen der Wiesenstraße 16 im Wedding durch, um ein gemeinsames Wohnprojekt vorzustellen: PatientInnen des Krankenhauses des Maßregelvollzugs sollen mit professioneller Unterstützung auf ihre bevorstehende Entlassung vorbereitet werden. Es handelt sich dabei um Menschen, die nach § 63 StGB in

Aufenthaltstitel führen.

Integrations- und Lernprozesse sollen durch Strafandrohungen erzwungen werden. Wenn MigrantInnen ihrer Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen nicht nachkommen, können sie mit Geldbußen bis zu 1000 Euro belegt werden. Erwerbslosen droht im Wiederholungsfall sogar die Ausweisung wegen mangelnder Integrationsfähigkeit.

Auch junge Erwachsene unter 25 Jahren müssen künftig bei der Einbürgerung nachweisen, dass ihr Lebensunterhalt gesichert ist. Bisher waren sie von dieser Regelung befreit. Das bedeutet für sie eine Benachteiligung bei der Wahrnehmung von Bildungsangeboten.

Außer der Fristverlängerung, die geduldeten Flüchtlingen bis 2009 Zeit einräumt, eine Arbeit zu finden, um einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten zu können, bietet der Gesetzentwurf keine Verbesserungen. Auch diese Fristerweiterung verlängert für die meisten nur die Ungewissheit und den unmenschlichen Status.

Das neue Gesetz stellt eine integrationshemmende, rückständige und inhumane Verschärfung bereits bestehender restriktiver Gesetze dar.

einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht wurden. Ziel ist die Integration in das normale Alltagsleben im Kiez, aus dem er oder sie stammt. Träger des Wohnprojektes ist die ZeitRaum gGmbH, die seit über 30 Jahren u. a. in Mitte therapeutische Wohngemeinschaften für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder von Erkrankung Bedrohten unterhält.

In der Wiesenstr. 16 werden voraussichtlich im August diesen Jahres insgesamt 14 psychisch kranke Menschen in einzelne Wohnungen ziehen, in denen Sie rund um

Die AG's im LinksTreff

**AG Öffentlichkeit und Zeitung
nächster Termin 13. April 07
17.00 Uhr**

**AG Kommunikation
nächster Termin 16. April 07
17.30 Uhr**

**AG Wahlauswertung
nächsten Termin bitte im
LinksTreff erfragen**

Impressum:

uff'n wedding, als Informationsblatt, wird herausgegeben von der Basisorganisation Wedding, der Linkspartei.PDS. Namentlich gezeichnete Beiträge liegen ausschließlich in der Verantwortung der AutorInnen.

V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co.
Prinz-Eugen-Str. 11,
13347 Berlin, Tel. 465 07 109
email:pds@linkstreff.de
web:www.linkstreff.de

Für die Veröffentlichung von Leserbriefen behält sich die Redaktion das Recht von Kürzungen vor.

Einladung zur Mitgliederversammlung der BO Wedding zum Thema:

**Aufgaben und Arbeitsweise der Basisorganisation im Stadtteil
- Die AG Wahlauswertung berichtet über ihre Ergebnisse -
am Freitag, dem 20. April 2007 um 18.00 Uhr im LinksTreff**

Gäste sind herzlich willkommen

Beratungen Informationen im LinksTreff:

Zu Wohnung/Miete sowie Hartz IV

immer am letzten Mittwoch im
Monat von 17.00 bis 19.00 Uhr
Mit Rechtsanwalt André Roesener

**Fragen und Informationen
zu Hartz IV**

jeden Donnerstag
von 17.00 bis 19.00 Uhr

**Sprechstunde der
Beratungsstelle für
MigrantInnen und Flüchtlinge**
des Landesvorstandes der *Linkspartei*
jeden Dienstag
von 11.00 bis 14.30 Uhr

**Informationen zur
Basisorganisation**
der Wedding *Linkspartei*

Montag bis Freitag
von 16.00 bis 19.00 Uhr



Jetzt noch Basisorganisation (BO) Wedding der DIE LINKE.PDS im Bezirksverband Mitte.

In den nächsten Monaten werden sich WASG und Die Linke.PDS zur Partei *die Linke* vereinigen. Die Mitglieder unserer BO sind sich darin einig, dass diese Vereinigung zweier starker linken Parteien im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in unserer Stadt und unserem Land ist. Eine starke linke Opposition tut Not. (siehe auch Seite 8) Besonders in einer Zeit, die von Reformen geprägt ist, die ausschließlich auf dem Rücken der Mehrheit unserer Bevölkerung ausgetragen werden. Rechte und Sozialstandarts werden immer weiter abgebaut.

Wir haben uns zum Ziel gestellt, dagegen in unserem Stadtteil zu mobilisieren. Wir setzen uns für ein multikulturelles Zusammenleben in unserem Kiez ein.

Was machen wir konkret?

In unserem Stützpunkt, dem Linkstreff, der seit dem 13. September 2002 in der Prinz Eugen Str.11 besteht (siehe Fotos), bieten wir jeden Werktag von 16.00 bis 19.00 Uhr die Möglichkeit an, uns kennen zulernen. Für die Bürger unseres Kiezes bieten wir an verschiedenen Tagen Beratungen an (siehe Seite 11 in dieser Ausgabe).

Unsere politische Arbeit haben wir in verschiedenen Arbeitsgruppen (AG) organisiert.

So arbeitet die AG Kommunikation daran, eine Vernetzung im Stadtteil zwischen den verschiedenen Organisationen und Initiativen herzustellen. Ein weiterer Schwerpunkt dieser AG ist aber auch, die Beziehungen und den Austausch innerhalb unserer Partei zu fördern. Von dieser AG wird auch unserer Webseite (www.linkstreff.de) betreut.

Die AG Zeitung erarbeitet unsere kleine Zeitung „uff n wedding“, die GenossInnen erarbeiten die Artikel, erstellen das Layout und bringen die Zeitung unter die Leute.

Die AG Wahlauswertung beschäftigt sich mit der Analyse unseres Wahlergebnisses im Stadtteil. Hintergrund dieser Arbeit ist, an Hand von Ergebnissen aus Stimmbezirken und Gebieten, heraus zu finden, wie wir unsere Aktivitäten (nicht nur im Wahlkampf) gezielter und effektiver einsetzen können.

Als BO führen wir auch monatlich Mitgliederversammlungen durch. Die Themen der Mitgliederversammlungen richten sich oft nach dem aktuell politischen Geschehen in unserer Stadt, nach den Aufgaben und Anforderungen unserer Partei. (Siehe z. B. Seite 11) Ein Merkmal unserer BO ist, dass bei uns eine kritische aber solidarische Diskussionskultur herrscht.

Es gäbe noch vieles über uns zu schreiben aber vieles kann Frau oder Mann auch in einem persönlichen Gespräch erfahren. Dazu sind wir immer bereit und würden uns freuen, ihr Interesse geweckt zu haben.



Winfried Rietdorf (BO-Vorsitzender)

die Uhr betreut werden. Nach 20 Uhr ist die Einrichtung verschlossen, tagsüber ist ein kontrollierter Ausgang möglich. Es handelt sich um ein „differenziertes Lockerungskonzept“, ähnlich dem Freigang von Straftätern. Die Menschen, die in der Wiesenstraße einziehen werden, wurden vorher auf ihr Leben außerhalb des Krankenhauses vorbereitet. Es wurde betont, dass es sich weder um Sexualstraftäter noch um Schwer- bzw. Kapitalverbrecher handelt.



Nach einer guten und ausführlichen Information stellten sich die VeranstalterInnen den Fragen der AnwohnerInnen.

Und es kam, wie zu befürchten war: Die braven BürgerInnen zeigten sich empört.

Was das denn für welche wären, immerhin ist da ein Kindergarten gegenüber! Und der Humboldthain in der Nähe (was die da wohl machen werden?). Und natürlich: „Zu meiner Zeit hätte es das nicht gegeben!“ (zu welcher? Von 1933 bis 1945???) Nein, es war nicht nett. Nur zwei Menschen erklärten sich dem Projekt gegenüber aufgeschlossen – mich eingeschlossen.

Na, was soll ich meinen Kindern denn erzählen? Wie wäre es, dass dort Menschen einziehen, die krank sind? Die deshalb unsere Unterstützung brauchen. Jeder kann mal krank werden, das dürfte jedes Kind verstehen.

Tja, warum ausgerechnet im Wedding? Ja, wo denn sonst? Ein Stück weiter weg, Hauptsache nicht bei mir vor der Tür? Das klingt doch sehr nach St.-Florians-Prinzip: **Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd andre an!**

Einer der Initiatoren der „Bürgerinitiative ge-

gen das Wohnprojekt für psychisch kranke Straftäter in der Leonorenstr.“ war ebenfalls dort und verteilte Flugblätter. Nein, mein Herr, wir sitzen nicht in einem Boot.

Psychisch Kranke gehören zu unserer Gesellschaft. Sie leben mitten unter uns, nur leider oft unbehandelt, unbetreut und unterversorgt – das sind die, die auffallen. Nicht die vierzehn gut versorgen und rund um die Uhr betreuten zukünftigen BewohnerInnen der Wiesenstr. 16. Von denen geht

weniger Gefahr aus als von den meisten unserer „gesunden“ Mitmenschen. Niemand kann sicher sein, nicht selbst zu erkranken. Und dann?

Wer kennt nicht in seiner nächsten Umgebung Menschen, die sich irgendwie nicht „normal“ verhalten? Nur, was ist das eigentlich, „normal“? Wer bestimmt, was normal ist? Wo fängt psychische Krankheit an, wo hört sie auf? Und was macht die Menschen krank? Welche Rolle spielt Armut, das Vorenthalten der materiellen Ressourcen, die eine Beteiligung an der Gesellschaft erst ermöglichen? **Maßregelvollzug als Bestrafung schichtspezifischer Unangepasstheit?** Das sind Fragen, die hätten gestellt werden können, aber nicht wurden.

Wir sind für das Projekt. Ohne wenn und aber. Für eine menschliche, solidarische, freie Gesellschaft. Ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit. Heißen wir unsere neuen MitbürgerInnen willkommen. Auf eine gute Nachbarschaft. *Brain E. Janßen*

Nähere Informationen zum Projekt erhalten Sie unter folgenden Telefonnummern:

**ZeitRaum gGmbH Tel.: 4616610
Krankenhaus des Maßregelvollzugs
Tel.: 90198- 5857 oder 5859**

Noch in diesem Jahr vereinigen sich Linkspartei.PDS und WASG zur neuen Partei **DIE LINKE**.

Eine historische Chance für alle linken demokratischen Kräfte, gemeinsam für eine gerechte, den Menschen in den Mittelpunkt stellende Gesellschaft zu kämpfen. Für welche Werte die neue Partei steht und welche Ziele sie verfolgt, stellen wir seit der Februarausgabe vor mit Auszügen aus den programmatischen Gründungsdokumenten.

Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab. Linke einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und anti-patriarchalisch, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend.

Wir sind Teil der Europäischen Linken, der sozialen und Friedensbewegungen.

III. Unsere Alternative: Soziale, demokratische, friedensstiftende Transformation statt Entfesselung des Kapitalismus

Eine andere Politik ist nötig und möglich. Die neue Linke unterbreitet eigene Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart. Wir bestreiten, dass es wegen begrenzter wirtschaftlicher Potenziale unumgänglich sei, von der Bevölkerung Verzicht auf Sicherheit, Selbstbestimmung und eine hohe Lebensqualität zu verlangen.



Die neue Linke legt programmatische Grundzüge einer umfassenden gesellschaftlichen Umgestaltung vor, um die Vorherrschaft der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft zu beenden und den Herausforderungen der Gegenwart mit einem alternativen Entwicklungsweg zu begegnen. Es ist ein Programm des Richtungswechsels der Politik und der Erneuerung der Demokratie.

.Unsere Ziele sind:

* eine Demokratisierung der Gesellschaft, **die allen gleiche Möglichkeiten der Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens garantiert.** Dazu gehört auch der Kampf gegen patriarchalische Unterdrückung, gegen alle Formen von Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus.

* **eine soziale Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft:** Im Mittelpunkt steht dabei nach wie vor, jeder und jedem die Möglichkeit zur Teilhabe an Erwerbstätigkeit und an deren sozialer Gestaltung.

* eine Wirtschaftsdemokratie, **die alle Formen des Eigentums sozialen Kriterien unterwirft.** Im öffentlichen Eigentum an Einrichtungen der Daseinsvorsorge und öffentlicher Zuständigkeit für sie sehen wir eine unverzichtbare Grundlage einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft.

* eine neue Solidarität auf der Basis moderner öffentlicher Dienstleistungen, solidarischer Sicherungssysteme und des ökologischen Umbaus der Gesellschaft **als Grundlage eines selbstbestimmten Lebens in Sicherheit.**

* eine internationale Ordnung des Friedens, der kollektiven Sicherheit und einer solidarischen Entwicklung, **zu der eine veränderte Europäische Union beitragen soll.**

Wir streiten für eine Gesellschaft, die gleiche Teilhabe für jede und jeden an der Gestaltung der Gesellschaft und an den Bedingungen eines Lebens in Freiheit, sozialer Sicherheit und Solidarität ermöglicht. Zu

Die neue LINKE Teil 3 von Werner Schulten

den Freiheitsgütern, die dies erst ermöglichen, gehören die sozial gleiche Teilhabe der Einzelnen an den Entscheidungen in der Gesellschaft, existenzsichernde sinnvolle Arbeit, Bildung und Kultur, hochwertige Gesundheitsleistungen, soziale Sicherung gegen Lebensrisiken und für einen großen Teil der Menschheit überhaupt erst das Recht auf tägliche nährstoffreiche und schadstoffarme Ernährung, um nicht zu verhungern.

Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx).

Eine Gesellschaft auf diesen Grundlagen und der emanzipatorische und transformatorische Prozess in diese Richtung, der in der heutigen Gesellschaft beginnt und über diese hinausweist, gilt vielen von uns als **demokratischer Sozialismus**.

Foto: Neues Deutschland